

Stationierung westdeutscher Truppen in der Türkei vorzubereiten.

Die Außenpolitik Bonns ist die Fortsetzung der Politik des imperialistischen Deutschlands, einer Politik des Chauvinismus und der Aggression, die unser Volk von einer Katastrophe in die andere stürzte, eine Politik, die gegen die nationalen Interessen des Volkes gerichtet ist. Wenn man die Frage stellt, warum kann der deutsche Imperialismus wieder eine solche aggressive Politik betreiben, so muß man hier zuerst die aktive Unterstützung durch die amerikanischen Monopolisten sehen. Der deutsche Imperialismus ist heute der engste Partner des amerikanischen Imperialismus im Kampf um die Neuverteilung der Welt geworden. Zur ersten Etappe in diesem Ringen gehört die Sicherung der absoluten USA-Vorherrschaft über den kapitalistischen Teil der Welt. Die Beseitigung der unliebsamen Konkurrenten — vor allem des englischen —, gehört deshalb zu den wichtigsten Aufgaben der amerikanischen Politik. Im Rahmen dieser Politik übernehmen die deutschen Imperialisten jene Tätigkeit, die die USA nicht selbst auf sich nehmen wollen. Dazu gehört das Eindämmen der Einflußgebiete des englischen Imperialismus in Lateinamerika, in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten; denn dort die englischen Positionen zu schwächen, bedeutet gleichzeitig, den amerikanischen Einfluß zu stärken. Die Versuche der verschiedenen Kreise der USA, den deutschen Imperialismus gegen den englischen auszuspüren, werden unweigerlich die Widersprüche zwischen den USA und England und auch die Widersprüche zwischen dem deutschen und amerikanischen Imperialismus immer mehr verschärfen. Eine andere Ursache für die Expansionen der deutschen Imperialisten ist die Tatsache, daß im Bonner Staat die Ware Arbeitskraft weit unter ihrem Wert bezahlt wird und so den Monopolisten hohe Profite zufließen. Es gibt kein kapitalistisches Land, in dem die Methoden der Ausbeutung derart verfeinert sind, wie in Westdeutschland. Das heißt: Die Expansion des deutschen Imperialismus erfolgt vor allem auf Kosten der Arbeiterklasse. Und das mit Zustimmung der rechtssozialdemokratischen Führer!

Im Gegensatz zur aggressiven Außenpolitik Bonns geht die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich neue Wege. Sie knüpft an die Traditionen der internationalen Verbundenheit der Arbeiterklasse an und vertritt die Prinzipien der Koexistenz, des friedlichen Zusammenlebens von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung. An Stelle der Isolierung Deutschlands durch eine Politik des Chauvinismus und der Aggression ist die Politik der Völkerfreundschaft getreten. Diese Politik hat dem deutschen Volke heute schon hohes Ansehen in der Welt gebracht; sie hat die internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich gefestigt und wird sie weiter festigen. Feste Freundschaft verbindet die Deutsche Demokratische Republik mit dem über eine Milliarde Menschen umfassenden Weltfriedenslager, mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China, den beiden mächtigsten Staaten der Welt, und zum ersten Male in der deutschen Geschichte unterhält ein deutscher Staat, die Deutsche Demokratische Republik, gute und freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarvölkern, zu Polen und zu der Tschechoslowakei. Mit 90 kapitalistischen Staaten steht die Deutsche Demokratische Republik in Handelsbeziehungen. Sie arbeitet aktiv mit in zahlreichen internationalen Organisationen, darunter auch in Fachorganisationen der Vereinten Nationen. Heute sehen bereits viele Menschen in Westdeutschland in der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik den Weg, den ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland in seinen internationalen Beziehungen gehen muß.

Gerhard Liebig

Literatur:

Verschöpfung gegen Deutschland — Die Pariser Verträge — ein Komplott des Krieges und der Spaltung; herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Kongreß-Verlag Berlin.

Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, 6. Jahrgang/1955; (vor allem Nr. 1, 4, 7). Herausgeber: Deutsches Wirtschaftsinstitut.

Karl Raddatz: Faschismus und Krieg (Das Programm der Adenauer-Regierung); Kongreß-Verlag, Berlin.